



MEDIENMITTEILUNG

Das Ende der Posttaxenverbilligung bedroht Zeitungsverlage existenziell

Verband SCHWEIZER MEDIEN freut sich, dass die eidgenössische Medienkommission in einem Bericht jede direkte staatliche Presseförderung ablehnt. Der VSM wehrt sich aber entschieden gegen die Haltung der Kommission, die staatliche Posttaxenvergünstigung sei ein Auslaufmodell. Im Gegenteil: Wird die Verteilung der Pressetitel noch teurer, sind gewisse Zeitungsverlage existenziell bedroht. Zusätzlich verlangt der VSM gleich wie die Kommission verbesserte politische Rahmenbedingungen für die privaten Medien.

Zürich, 5. September 2014 – Die eidgenössische Medienkommission (EMEK) hat heute ihre Empfehlungen für die Zukunft des Medienplatzes Schweiz vorgestellt. Der Verband SCHWEIZER MEDIEN (VSM) begrüsst es sehr, dass die eidgenössische Medienkommission eine direkte staatliche Presseförderung in Form von direkten Subventionen ablehnt.

Der VSM ist jedoch anderer Meinung als die EMEK, was die staatliche Verbilligung der Posttaxen für das Verteilen der Printtitel angeht: Diese indirekte Förderung ist kein wirkungsloses Auslaufmodell, sondern das Gegenteil davon: sie ist in Zeiten der wegbrechenden Erlöse im Zeitungsgeschäft nötiger denn je. Die Lokal- und Regionalpresse, die in dieser indirekten Presseförderung mitberücksichtigt wird, ist ein starker Pfeiler der direkten Demokratie auf den unteren politischen Ebenen der Schweiz. Gerade in der gegenwärtigen Umbruchphase in den Medien vom Print zum Digitalen dürfen die politischen Rahmenbedingungen für Printprodukte keinesfalls verschlechtert werden. Der Bund ist in der Verantwortung, den Transformationsprozess nicht mutwillig zu beschleunigen, sondern die Medienhäuser in der schwierigen Zeit indirekt mit guten Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Der Verband SCHWEIZER MEDIEN steht der Empfehlung der Expertenkommission, eine mit Staatsgeldern alimentierte Stiftung zu gründen, äusserst skeptisch gegenüber. Die Kommission nennt als mögliches Vorbild die Stiftung Pro Helvetia. Gerade hier zeigt sich jedoch das Risiko, dass Stiftungen rasch Opfer politischer Revanchegeleüste werden können. Die Einflussnahme droht über das Budget. Das Parlament hatte 2004 Pro Helvetia mit einer Budgetkürzung abgestraft, weil eine von der Stiftung mitfinanzierte Ausstellung deren Missfallen erregt hatte. Die grösstmögliche Distanz zwischen Politik und Medien ist im Fall einer Stiftung nicht garantiert.

Die EMEK empfiehlt weitere, neue Formen der indirekten Presseförderung, die erfreulicherweise den Forderungen des VSM nachkommen. So die finanzielle Unterstützung der Schweizerischen Nachrichtenagentur sda als unverzichtbare Lieferantin des redaktionellen Basismaterials an die Schweizer Medien. Die sda, die grösstenteils den privaten Medienhäusern gehört und an der auch die SRG beteiligt ist, trägt entscheidend zur Medienvielfalt und - als dreisprachiger, für alle Regionen gleichwertiger Dienst - ebenso zum Zusammenhalt der Schweiz bei. Der VSM fordert zudem wie die Kommission auch, dass der reduzierte Mehrwertsteuersatz nicht nur für Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch für Onlineangebote gelten soll, und er unterstützt die Förderung innovativer Medienprojekte über die Kommission für Technologie und Entwicklung (KTI). Eine weiter als bisher gehende staatliche Unterstützung von Aus- und Weiterbildung und für angewandte Medienforschung ist für den Verband ebenfalls denkbar, sofern die staatliche Unabhängigkeit garantiert ist.

Mit Freude nimmt der VSM zur Kenntnis, wie stark die Medienkommission die zentrale Rolle der Medien als glaubwürdige Orientierungshelfer gerade in der digitalen Revolution würdigt.

Für weitere Auskünfte:

Hanspeter Lebrument, Präsident Verband SCHWEIZER MEDIEN 081 255 55 26

Verena Vonarburg, Direktorin Verband SCHWEIZER MEDIEN 044 318 64 64